

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr  
Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Zunächst an dieser Stelle vielen Dank an Frau Ruppender und ihr Team  
für die Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanes

Hier nun unsere Stellungnahme:

### **Die fetten Jahre sind vorbei!**

Bereits in der Haushaltssondersitzung am 19.10.2023 wurden die  
Rahmenbedingungen für 2024 und 2025 als Zitat „**ertragsseitig  
katastrophal, aufwandseitig wenig hoffnungsvoll**“ beschrieben.

Der nun vorliegende Haushaltsplan bestätigt diese Prognose leider in  
vollem Umfang.

Der 2024 im Ergebnishaushalt ausgewiesene Fehlbetrag **von 2,443 Mio  
€** hört sich im Vergleich zu dem jetzt geplanten **Defizit von 10,699 Mio €**  
noch recht bescheiden an. Wenn man hierbei die gestiegene  
Kreisumlage und die FAG-Rückstellung von jeweils ca. 5Mio  
berücksichtigt, sehen wir, dass im kommenden Jahr vor allem Faktoren,  
die von außen auf uns einwirken das Ergebnis beeinflussen und  
maßgeblich verschlechtern.

Wie bereits in 2024 müssen wir wieder auf die **Ergebnisrücklagen**  
zurückgreifen- eine Praxis, die keine Dauerlösung sein darf.

Der Schuldenstand steigt voraussichtlich von **19,5 Mio €** Ende 2024 auf  
knapp **46 Mio. Ende 2025**.

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** sich damit **von 646€ auf 1353€**

Nicht berücksichtigt hierbei sind die Bürgschaften der Stadt Bretten  
gegenüber ihren Tochtergesellschaften. Rechnet man diese hinzu, ergibt  
sich eine noch deutlich höhere finanzielle Belastung pro Einwohner.

### **Wenig Spielraum für Haushaltsstabilisierung**

Wir sehen die Möglichkeiten, den Ergebnishaushalt nachhaltig zu stabilisieren als sehr begrenzt an. Maßnahmen wie die Beibehaltung der FAG-Rückstellungssystematik und eine konsequente Weiterführung der Haushaltsplanungsprozesse und Ausgabenkritik können helfen- dennoch bleiben wir stark von externen Faktoren abhängig, etwa der Kreisumlage.

Insbesondere bei den Personalkosten sehen wir zukünftig, vor allem aufgrund Tarifierhöhungen, dem Brettener Weg, und notwendige Neueinstellungen für eine geplante Gartenschau, Stichwort Eigenbetrieb/ Betriebs GmbH, deutliche Kostensteigerungen auf uns zukommen.

Gleichzeitig könnte eine Reduzierung der Investitionen- mit entsprechenden Einsparungen bei der Abschreibung und Zinsen die Aufwandseite entlasten.

Besorgniserregend sind aus unserer Sicht die mittelfristigen Einnahmeerwartungen. Die sehen wir bei weitem nicht so optimistisch.

Die sich abzeichnenden politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen werden nicht ausreichend berücksichtigt.

### **Das Land befindet sich in einer Rezession!**

- Es ist mit **Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer** zu rechnen
- Eine in der Vorlage angedachte Erhöhung der Hebesätze ist in diesem wirtschaftlichen Umfeld nicht vertretbar, und würde von den aktiven so sicherlich nicht mitgetragen werden.
- Besonders kritisch sind potenzielle **Einbrüche bei der Einkommensteuer-** Folgen für den Haushalt.

Wenn wir über notwendige Investitionen reden, dann schwebt doch über allem das Damoklesschwert der Gartenschau. Um dieses Thema kommen wir nicht. Bis 2029 sind hierfür rund 41 Mio. € eingeplant. Und leider liegt uns die Planung neue Planung bisher nicht vor.

Doch die Welt hat sich in den letzten fünf Jahren drastisch verändert- durch Corona, den Ukraine Krieg und die Energiepreiskrise.

Was einst sinnvoll war, ist heute finanziell meist nicht mehr tragbar.

Die Bewerbung und der damalige Gemeinderatsbeschluss waren seinerzeit sicherlich richtig und auch gut gemeint. Doch heute müssen wir leider der Realität ins Auge sehen:

**Wir können uns dieses Projekt schlicht nicht leisten!**

Die Gartenschau ist aus unserer Sicht ein totes Pferd, das man nicht weiter reiten sollte!

Auch einer Kommune steht es an, analog zur schwäbischen/ bzw. badischen Hausfrau, nicht mehr auszugeben als sie einnimmt.

Unter den aktuellen Bedingungen können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern **nicht garantieren, dass essentielle Infrastrukturmaßnahmen, wie Schulen, Versorgung der Ortsteile, Straßenbau oder Kitas- voll umfänglich geplant und umgesetzt werden. Diese ehrliche Antwort sind wir allen Bürgen der Kernstadt und den Ortsteilen schuldig.**

**Wir werden es wie oben beschrieben nicht hinnehmen, dass zukünftige wichtige infrastrukturelle Investitionen auf Kosten der Gartenschau hintenangestellt werden.**

Die Sparzwänge sind uns sicherlich bewusst und es sind auch zwingend Sparmaßnahmen in allen Bereichen erforderlich. Aber nicht um jeden Preis. Vorschläge wie die Zusammenlegung der Feuerwehren oder Einsparungen bei dringend benötigten Sportstätten (Stichwort Kunstrasenplatz) sind für uns nicht akzeptabel.

**Infrastruktur, Bildung Stärkung der Ortsteile dürfen nicht in auf Kosten einer fragwürdigen Gartenschau leiden.**

**Und her sehen wir uns als „die aktiven“ vor allem unseren Wählern und Wählerinnen verpflichtet.**

### **Welche Konsequenzen für den Haushalt 2025**

Für uns ist klar: die bereits für 2025 eingestellten Ausgaben für die Gartenschau dürfen lediglich als Platzhalter gesehen werden. Jede diesbezügliche Investition muss vorab im Gemeinderat zur Abstimmung gebracht werden.

Der Haushaltsplan gibt einen groben Rahmen vor- doch die Verwaltung muss handlungsfähig bleiben. Daher stimmen wir dem Haushalt 2025 aus pragmatischen Gründen zu, wenn auch mit einer Faust in der Tasche und er Hoffnung, dass sich die Lage nicht so dramatisch entwickelt, wie es derzeit zu erwarten ist.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit**

